

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll</b> <b>der 38. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung</b> <b>und Energie vom 21.11.2014</b></p>
--

Beginn: 15.15 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Liess  
Herr Gottschalk  
Herr Sulimma  
Frau Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Hipp in Vertretung für Herrn Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Herr Polzin  
Herr Eickhoff  
Herr Viering  
Frau Kamp  
Herr Donaubauer  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-  
kehr

BBN  
ASV

**III Gäste**

Herr Müller  
Herr Dillmann

Umweltstadtrat Bremerhaven  
Stellvertretender Beiratssprecher Oster-  
holz

**IV Gastdeputierte**

Herr Hamann  
Frau Dr. Schierenbeck

SPD-Fraktion  
Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 38. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Der **Nachtrag zu TOP 8b** „Konzept zum Umgang mit bewohnten Kaisenhäusern überdenken, alternative Wohnformen ermöglichen, Kleingartengebiete sichern und weiterentwickeln“ liegt als **Tischvorlage** vor.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

*Einstimmig*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/36 der Sitzung am 11.09.2014 Protokoll 18/37 der Sitzung am 09.10.2014)	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe Protokoll der 37. Staatlichen Sitzung am 21.11.2014

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

*Einstimmig*

TOP 4	<b>Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 119. Änderung - Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße)</b>  -Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-	Vorlage 18/438
-------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Planes zur 119. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 – Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße) – (Bearbeitungsstand: 21.02.2013).

Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU

<b>TOP 5</b>	<b>Bebauungsplan 2436 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Dorfstraße zwischen Rodenfleet und Ehlersdamm (zum Teil einschließlich) Blatt A und Blatt B</b>  -Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-	Vorlage 18/439
--------------	--	-------------------

**Herr Dillmann** berichtet, dass die verschiedenen Fragestellungen sehr intensiv mit Anwohnern und Bürgern in Osterholz diskutiert wurden. Der Beirat hätte es bevorzugt, wenn rückwärtig in Richtung der Osterholzer Feldmark weniger Bebauung ermöglicht worden wäre. Auf der anderen Seite trage er aber die Intention mit, die vorderen Bereiche der Höfe von Bebauung frei zu halten, damit deren Charakter erhalten bleibe. In einer intensiven Debatte habe der Beirat erreicht, dass eine Mindestgrundstücksgröße und eine Grundflächenzahl von 0,20 festgesetzt wurde. Dies alles habe den Beirat dazu bewogen, letztendlich dem vorliegenden Bebauungsplan zuzustimmen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans 2436 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Dorfstraße zwischen Rodenfleet und Ehlersdamm (zum Teil einschließlich) (Bearbeitungsstand: 22.07.2014) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2436 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Dorfstraße zwischen Rodenfleet und Ehlersdamm (zum Teil einschließlich) (Bearbeitungsstand: 22.07.2014) einschließlich Begründung.

Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU

TOP 6	<b>Bebauungsplan 2469 zur Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten der Geltungsbereiche der Bebauungspläne 629, 644, 1127, 1723, 1972 und 2340 in Bremen Osterholz</b> - Planaufstellung - -FB 01-	Vorlage 18/458
-------	--	-------------------

**Herr Dillmann** erklärt, dass dieser Bebauungsplan durch den Beirat angeregt worden sei. Der Beirat habe beschlossen, für den gesamten Bereich der Osterholzer Heerstraße einen Bebauungsplan zu fordern, weil dort eine ungünstige Entwicklung hin zu immer mehr Vergnügungsstätten und autoaffinen Betrieben zu beobachten sei. Historisch gewachsen sei die Osterholzer Heerstraße jedoch ein Bereich mit Wohnbebauung. Die derzeit gültigen Bebauungspläne böten keine Handhabe gegen eine Aneinanderreihung von Spielhallen und weiteren Vergnügungsstätten. Deswegen sei diese Planaufstellung zu begrüßen. Der Bebauungsplan 2469 beinhalte auch ein Gebiet, das momentan von Daimler Benz genutzt werde, jedoch durch eine geplante Verlagerung absehbar frei werde. Der Beirat wünsche sich, dass eine Möglichkeit gefunden werde, um dort Wohnungsbau zu realisieren.

**Herr Viering** weist darauf hin, dass noch nicht bekannt sei, welche Pläne der Grundstückseigentümer habe. Er nehme die Anregung mit, parallel zum Bebauungsplanverfahren zu sondieren, was der Eigentümer vorhabe.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Osterholz ein Bebauungsplan nach dem BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.*

*Einstimmig*

TOP 7	<b>Bebauungsplan 1558 zur Änderung von 5 Bebauungsplänen:</b> <b>1. Bebauungsplan 310,</b> <b>2. Bebauungsplan 950,</b> <b>3. Bebauungsplan 1553,</b> <b>4. Bebauungsplan 1554,</b> <b>5. Bebauungsplan 1557,</b>  <b>für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen</b> • <b>Breite Straße</b> • <b>Aumunder Heerweg</b> • <b>Stadion Vegesack</b> • <b>Bahnhof Vegesack</b> • <b>Vegesacker Bahnhofplatz</b> • <b>Vegesacker Hafen</b> • <b>Zur Vegesacker Fähre</b> • <b>Beilkenstraße</b> • <b>Höljesweg</b> • <b>Jaburgstraße</b> • <b>Sagerstraße</b> (Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 18/453
-------	--	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** erklärt zu diesem TOP ihre Befangenheit und enthält sich der Beratung und Beschlussfassung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Bebauungsplan 1558 zur Änderung der Bebauungspläne 310, 950, 1553, 1554 und 1557 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Breite Straße, Aumunder Heerweg, Stadion Vegesack, Bahnhof Vegesack, Vegesacker Bahnhofplatz, Vegesacker Hafen, Zur Vegesacker Fähre, Beilkenstraße, Höljesweg, Jaburgstraße und Sagerstraße (Bearbeitungsstand: 07.08.2014).

Einstimmig

TOP 8	Berichte der Verwaltung	
TOP 8a)	Ertüchtigung/ Ersatzbeschaffung von Straßenbahnen der BSAG Bericht aus dem HaFA -02-	BdV schriftlich

Herr Liess bittet darum, dass die bis Jahresende zu vereinbarenden Eckpunkte der Deputation zur Kenntnis gegeben werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8b)	Konzept zum Umgang mit bewohnten Kaisenhäusern überdenken, alternative Wohnformen ermöglichen, Kleingartengebiete sichern und weiterentwickeln -SV BV-	Vorlage 18/470
---------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass anlässlich einer von den Medien und der Öffentlichkeit kritisch begleiteten Räumung einer Parzelle Anfang 2013 beschlossen wurde, das Verfahren in solchen Fällen zu überdenken. Bisher wurde im Falle einer nichtzulässigen Wohnnutzung eines zu großen Gebäudes dieses auch entfernt. Dies wurde zunehmend als unverhältnismäßig empfunden. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass das Programm der routinemäßigen Bereinigung sich aufgrund der geringen Ausstattung mit Haushaltsmitteln sehr lange hinziehen würde. Deswegen wurde dieser neue Vorschlag entwickelt. Die nach dem Bundeskleingartengesetz nicht zulässige Wohnnutzung müsse auch weiterhin unterbleiben. In Kleingärten dürfe nicht gewohnt werden. Aber das Mittel der Vollstreckung werde nicht mehr die Beseitigung des zu großen Gebäudes sein, sondern Bußgelder oder Zwangsgelder. Die vorhandenen Dienstansweisungen 421 und 422 würden entsprechend angepasst werden, um die neuen Regelungen dort aufzugreifen.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass es um die Perspektive eines Kleingartenplanes 2025 gehe, in der Vorlage stehe versehentlich 2015. Anlass war im Februar letzten Jahres der unter großer medialer Aufmerksamkeit erfolgte Abriss eines Behelfsheimes. Daraufhin war im Parlament aber auch in der Öffentlichkeit diskutiert worden, wie es mit den Kaisenhäusern weitergehen solle. Unabhängig von dieser Thematik brauche man einen Entwicklungsplan zum Kleingartenwesen in der Stadtgemeinde Bremen, um das vorhandene strukturelle Defizit zu beheben. Zur Frage, wie mit den noch vorhandenen Kaisenhäusern umgegangen werde, sei eine einvernehmliche Regelung nötig, die der real vorhandenen Situation gerecht werde. Selbstverständlich sei weiterhin ein Auswohnen zu ermöglichen. Danach seien diese Häuser zu verlassen. Die Stadt habe sich verpflichtet, im Rahmen des Kudella-Kompromisses diese zu ihren Lasten abzuräumen, komme dem aber seit langen, langen Jahren gar nicht mehr nach. Die Kaisenhäuser seien in einigen Bereichen konzentriert und wenn sie nicht bewohnt

und nicht abgerissen würden, führe dies dazu, dass ganze Bereiche in Kleingartenquartieren verwaisten, vermüllten und dort Vandalismus stattfinde. Der Charakter eines Kleingartengebietes sei dann dort nicht mehr vorhanden. Darum sei es wichtig, zu prüfen, ob intakte Kaisenhäuser, auch über 24 m<sup>2</sup>, für eine weitere kleingärtnerische Nutzung in Frage kämen. Mit dieser Politik und der Perspektive eines Kleingartenplanes trage man mit dazu bei, auch langfristig den berechtigten Interessen von Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern gerecht zu werden.

**Frau Dr. Schaefer** betont, dass Kleingartengebiete als solche erhalten bleiben müssten. Sie seien in Großstädten wichtig und erfüllen u. a. Funktionen der Naherholung und soziale Funktionen. Der bekannte Abriss im letzten Jahr habe zu einer Verunsicherung innerhalb der Kleingartengebiete geführt. Kaisenhäuser seien ein Teil der Bremer Geschichte. Es sei richtig, dass illegales Wohnen nicht mehr den Abriss von intakten Häusern zur Folge haben solle, sondern eine Ordnungswidrigkeit sei. Man müsse sich aber auch generell mit dem Thema beschäftigen, wie in Zukunft mit den Leerständen umgegangen werden solle. Deswegen sei ein Kleingartenplan 2025 gut. Mit diesen Flächen könnten zum Beispiel Ausgleichsflächen geschaffen werden, anstatt mit Bremer Mitteln Maßnahmen im niedersächsischen Umland zu finanzieren. Diese würden damit auch der Allgemeinheit zur Naherholung dienen. Man müsse aus der Abwärtsspirale herauskommen, dass Leute nicht mehr in ihre Häuser investieren, weil diese später abgerissen werden sollen, andere diese Gärten auch nicht mehr pachten wollten, weil sie dann damit rechnen müssten, dass das Abrissgerät irgendwann durch den Garten rolle. Dies führe zu den dauerhaften Leerständen, die Gärten würden zuwachsen mit allen negativen Auswirkungen auf die Nachbargärten und den weiteren Begleiterscheinungen. Schrottimmobilien sollten natürlich abgerissen werden, weil dadurch die Kleingärten attraktiver würden. Aber die intakten Häuser sollten weiter kleingärtnerisch genutzt werden dürfen. Es sei wichtig, dass das Ressort den Kontakt zu den einzelnen Kleingartenvereinen suche. Es bestünden dort z.B. Ängste, dass die Pachten erhöht werden sollten. Das sei mit diesem Papier mitnichten angeht. Es gehe auch nicht darum, energetische Standards für diese Häuser einzuführen. Die gebe es auch sonst nicht für Kleingartenhäuser. Ein wichtiger Punkt sei auch, dass die Auswohnberechtigung, die bisher immer nur für eine Person galt, auf die Ehepartner ausgedehnt werde. Die Kleingartengebiete sollen insgesamt zukunftsfähig und attraktiv gemacht werden.

**Herr Arndt** bittet um getrennte Abstimmung der Beschlussziffern. Ziffer 1 und Ziffer 2 seien unstrittig. Aber Ziffer 3 impliziere, den ersten Punkt der Vorlage umzusetzen, aus einer Abrissverfügung werde eine Ordnungswidrigkeit, was quasi eine Kriminalisierung von Leuten darstelle. Deswegen werde er diesem Punkt nicht zustimmen.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass eine Ordnungswidrigkeit keine Kriminalisierung sei.

**Frau Neumeyer** regt an, unter Ziffer 2 des Beschlussvorschlages zu ergänzen, dass dieser Plan in Zusammenarbeit mit den Kleingärtnern, den Verbänden und den Beiräten entwickelt werde. Sie spricht sich klar gegen Wohnen in den Kleingärten aus und Kleingartengebiete dürften nicht reduziert werden, ohne dass man mit den Betroffenen darüber spreche. Sie bittet um Erläuterung der Aussage in der Vorlage „...mit anderen stadtentwicklungspolitischen Zielen zur Entwicklung von Wochenendhausgebieten und Kompensationsflächen abgeglichen werden.“

Die 39 Häuser, die auf der Prioritätenliste stünden, müssten auch abgerissen werden. Diese seien den Kleingärtnern ein Dorn im Auge und ein Abriss sei Ihnen zugesagt worden.

**Herr Staatsrat Golasowski** erläutert, dass für einige Bereiche, wo der Bedarf zurückgegangen sei, über die Frage diskutiert werde, ob man durch Flächenzusammenlegungen Gebiete schaffen könne, die auch von der Öffentlichkeit genutzt werden könnten. Das sei in Walle der Fall. Eine Nutzung als Kompensationsflächen sei vorstellbar. Über Wochenendhausgebiete werde ebenfalls gesprochen. Dies sei mit der genannten Formulierung gemeint.

Man habe eine Liste mit 39 Gebäuden, abgestimmt mit dem Landesverband und den betroffenen Vorständen und auch den Verfügungsberechtigten. Der Auftrag, diese Abrisse vorzunehmen, sei erteilt. Dies beruhe auf bestehenden Vereinbarungen mit den Verfügungsberechtigten. Angesichts der Debatte, auch zu große Häuser gärtnerisch nach zu nutzen, wurden die Verfügungsberechtigten erneut gefragt. Einige Gebäude wurden daraufhin von der Liste gestrichen. Nachdem nun die beauftragte Firma mit den Abrissen begonnen habe, meldeten sich

Interessenten, die bestimmte Gebäude kleingärtnerisch nachnutzen wollen. Daraufhin wurden weitere drei Gebäude von der Liste genommen. Vorrangig würden nun die Gebäude abgerissen, die nicht zu erhalten seien. Einige andere Objekte würden noch geprüft. Das letzte Wort habe jeweils der / die Verfügungsberechtigte.

**Frau Dr. Schaefer** befürwortet dieses Verfahren. Schrottimmobilien müssten weg. Wenn es aber Interessenten für einzelne Gebäude gäbe, dann sollte zumindest versucht werden, im Gespräch mit den Vereinen und den Verfügungsberechtigten eine Lösung zu finden. Warum sollte ein Haus abgerissen werden für das ein Interesse besteht es zu übernehmen und kleingärtnerisch zu nutzen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr einen Kleingartenplan 2025 gemeinsam mit dem Landesverband der Gartenfreunde Bremen e. V., den Kleingartenvereinen, -initiativen und den Beiräten zu erarbeiten und der Deputation vorzulegen.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet die bis zur Erstellung des Kleingartenplans 2025 zu ergreifenden Maßnahmen kurzfristig umzusetzen.

Ziffer 1 und 2 einstimmig

Ziffer 3 Zustimmung bei Ablehnung der Fraktion DIE LINKE

<b>TOP 8c)</b>	<b>Georg-Bitter-Quartier (ehemaliges TÜV-Gelände) im Ortsteil Peterswerder</b> -6-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 8d)</b>	<b>Erhebung von Erschließungskosten in der Osterholzer Dorfstraße</b> ASV	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 8e)</b>	<b>Sperrmüllentsorgung in der Vahr</b> - 23-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 9</b>	<b>Verschiedenes</b>	
--------------	----------------------	--

<b>TOP 9a</b>	<b>Vermüllung in der Rasteder Straße</b>	
---------------	--	--

**Herr Strohmann** berichtet, von Beschwerden aus der Bevölkerung über Vermüllung durch Überbelegung von Wohnraum in der Rasteder Straße in Gröpelingen. Er möchte wissen, ob der Behörde darüber etwas bekannt sei und ob bereits etwas unternommen worden sei.

**Herr Viering** erklärt, dass über den Beirat und das Ortsamt eine Liste mit Grundstücken an das Ressort gesandt wurde zu denen solche Hinweise vorliegen. Diese Liste sei abgearbeitet worden. In konkreten Fällen sei bauordnungsrechtlich eingeschritten worden, hinsichtlich der Vermüllung auch unter Einbeziehung der Leitstelle „Saubere Stadt“. Er bietet an, bilateral zu informieren, ob die Rasteder Straße in der Liste enthalten gewesen sei.

**Weitere Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Klimapakt der Metropolregion Bremen- Oldenburg</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Gottschalk zu einer der nächsten Sitzungen  Fragen liegen schriftlich vor.	Vorlage geplant am <b>05.02.2015</b>
<b>Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saxe zur einer der nächsten Sitzungen  Fragen liegen schriftlich vor.	Vorlage geplant am <b>05.02.2015</b>
<b>Stand EMAS im Klinikum Bremen-Mitte</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Dr. Schierenbeck zu einer der nächsten Sitzungen  Fragen liegen schriftlich vor.	Vorlage geplant am <b>05.03.2015</b>

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 38. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll